

einschränken zu wollen, hieße wirklich, das Kind mit dem Bade verschütten.

Und dann. Es will uns immer scheinen, daß das geistige Proletariat minder gefährlich ist als das Proletariat, das in rohem Stumpf-sinn und brutaler Unbildung wurzelt.

Es ist um jede Schule schade, die in einem Staate einem wenn auch noch so gutgemeinten Reformplane zum Opfer fällt. Denn jede Schule ist die Trägerin und Vermittlerin eines gewissen Ausmaßes von Bildung und somit des Fortschrittes der Völker und auch ihres Glückes.

Denn es ist nicht wahr, wenn man behauptet, daß die Bildung das Glück des einzelnen verringere, indem sie die Naivität seiner Weltanschauung zerstört. Mag immerhin sein; aber man vergißt darüber die vielen neuen Güter der Lebensfreude, die sie dem einzelnen und der Menschheit zuführt. Es ist auch nicht wahr, daß die Bildung die Frömmigkeit zerstört; sie läutert und vertieft sie nur und setzt an Stelle des rohen Festhaltens an äußerlichkeiten den Edelgehalt, wahren und echten Glaubens.

Wir meinen daher nicht, daß Dr. Steinwender recht hat, wenn er in der Beschränkung der Zahl der Mittelschulen den notwendigen ersten Schritt erblickt, um die heranwachsenden Zöglinge von der Beamtenlaufbahn, die schon allzuviele Aspiranten aufweist, abzudrängen. Alles dies regelt sich weder durch Dekrete noch durch aufklärende Schriften; dies liegt in den nationalökonomischen Verhältnissen, und ein Aufschwung auf diesem Gebiete wird auch naturgemäß das ungesunde Ueberwuchern der dem bürokratischen Dienste sich zuwendenden Elemente verringern.

Aber unsere Schulen wollen wir uns deshalb nicht antasten lassen. Sie sind die Leuchten des öffentlichen Lebens, von denen Licht und Wärme in alle seine Adern strömt, und ein Staat kann eher zu viel als zu wenig Schulen haben.

In den deutschen Schützengräben wird die Bibel und Goethes „Faust“ gelesen, und kein Krieg hat vielleicht deutlicher als der gegenwärtige, in dem Schwung der Seele und die Kraft des Geistes eine solche Rolle spielen, den Wert der Bildung und der geistigen Schulung nicht bloß für den Führer im Kampfe, sondern auch für den einfachen Mann geoffenbart.

Da mögen wohl manche Uebelstände, die der Zubrang zu den Mittelschulen mit sich bringt, gegenüber dem Segen, den sie stiftet, beinahe als verschwindend erscheinen. Mein,

die Menge seiner Schulen hat einem Staate noch nie geschadet, wohl aber deren Mangel.

Auch eine Vorbereitung zum Frieden.

Von Dr. Arnold Madlé v. Lenzbrugg.

II.

Herr Dr. Steinwender hat in seinem letzten Artikel eine Vorbereitung für den Frieden vorgeschlagen, die nicht unerwidert bleiben kann. Es ist allerdings verlockend, die Allmacht des Staates, die momentan herrscht, zur Sanierung von Uebelständen zu verwenden, es wird dies gewiß auch zum Teil geschehen; dieses Bewußtsein der Ungebundenheit aber hat ein ganz merkwürdiges Resultat gezeitigt. Man findet jetzt fast überall die Sucht, das Allheilmittel einer Radikalkur, nämlich eines Oktrois, auch gegen Uebel anzuwenden, die sich nicht durch einfache Verwaltungsvorschriften aus der Welt schaffen lassen.

Daß unser Verwaltungsorganismus zuviel verschlingt, darüber besteht ja wohl kein Streit, man darf aber nicht vergessen, daß man diesen Organismus als solchen nicht so ohne weiteres ändern kann. Eine unabweisliche Voraussetzung wäre vielmehr, jene Grundlagen, auf denen er sich aufbaut, zu ändern.

Man beseitige zuerst die Parallele zweier Gewalten, indem man Staatsgewalt und Gewalt der autonomen Verbände zu irgendeinem Ganzen vereinige, im Zusammenhang damit vereinfache man dann jenen Komplex von Vorschriften, auf welchen sich die Verwaltungstätigkeit aufbaut.

Die Lebensbedingungen werden ohnehin täglich komplizierter, der Stoff, der in Gesetze und Verordnungen zu zwingen ist, wird täglich reichhaltiger, und man wird sich wohl oder übel entschließen müssen, von unserm derzeitigen System der minutiösen Gerechtigkeit zum System der Raschheit und Zweckmäßigkeit überzugehen, auch auf Kosten von legislatorischen Schönheitsfehlern, wenn man so sagen darf.

Dies wären so einige Voraussetzungen, an die sich die Verwaltungsreform im Sinne einer Beamtenverminderung erst knüpfen könnte. Denn die Tatsache, daß man mit weniger Beamten sein Auslangen finden könnte, ist nicht zu verwechseln mit einer zweiten These, daß so und so viele Beamte schon jetzt ohne weiteres als überflüssig gestrichen werden könnten. Jene von mir angedeuteten Voraussetzungen zu schaffen, ist aber wohl Sache einer langen, angestrengten Arbeitsperiode. Diese Arbeit ist notwendig, sehr notwendig sogar, aber sie eignet sich nicht für eine politische